

Stimmung zu einer unbegrenzten Besatzungsdauer und der Verzicht auf einen Friedensvertrag. Diesen Weg kann und darf das deutsche Volk niemals gehen, weil er zum Verlust seiner nationalen Existenz für Generationen führt. Es ist das Verdienst der Sowjetunion, daß diese Pläne der Westmächte in Paris vereitelt wurden. Schon die Einberufung der Außenministerkonferenz war ein Schlag gegen die Kriegshetzer und Spaltungspolitiker. Die Pariser Tagung der Außenminister ist eine Niederlage der Organisatoren und Strategen des „kalten Krieges“. Unter dem Druck der demokratischen Siege in China und in Griechenland, unter dem Druck der Krisenerscheinungen in den imperialistischen Ländern und nicht zuletzt unter dem Druck der auf dem Weltfriedenskongreß in Paris und Prag vertretenen 600 Millionen Menschen mußten die Westmächte, die 1947 in London die gemeinsamen Verhandlungen gesprengt hatten, an den Verhandlungstisch in Paris zurückkehren. Dieses Ereignis von großer geschichtlicher Bedeutung zeigt, daß der Wille der um den Frieden kämpfenden Völker stärker ist als der Wille der Kriegshetzer.

Das deutsche Volk dankt es der Sowjetunion, daß sie die Prinzipien der Potsdamer Beschlüsse gegen die Politik der Spaltung Deutschlands verteidigte und für die wirtschaftliche und politische Einheit Deutschlands eintrat.

Die weitsichtige Politik der Sowjetunion hat dazu geführt, daß die Pariser Verhandlungen entgegen den imperialistischen Absichten nicht scheiterten, sondern daß die Außenminister übereingekommen sind, auf der 4. Tagung der UN-Vollversammlung im September dieses Jahres den Termin für die nächste Zusammenkunft des Außenministerrates zur Behandlung der Deutschlandfrage festzulegen. Die von den Westmächten betriebene Boykottpolitik gegenüber der Außenministerkonferenz ist damit schmachlich zusammengebrochen. Der Bankrott dieser Politik wird auch noch dadurch bewiesen, daß der Außenministerrat in seinem Kommuniqué ausdrücklich erklärt, seine Bemühungen für die Wiederherstellung der wirtschaftlichen und politischen Einheit Deutschlands fortzusetzen, womit die Notwendigkeit dieser Einheit anerkannt wird. Das Politbüro begrüßt das Übereinkommen über die Einberufung der nächsten Tagung des Rates der Außenminister sowie über die Anerkennung des Prinzips der Wiederherstellung der wirtschaftlichen und politischen Einheit Deutschlands. Das Politbüro weist jedoch darauf hin, daß die Durchführung der Maßnahmen zur Bildung des westdeutschen Separatstaates und die